

**John F. Kennedy-Institut
für Nordamerikastudien
Abteilung für Wirtschaft**

Working paper No. 27/1990

Anne Danowski

**Die *Caribbean Basin Initiative* -
ein Entwicklungsprogramm?**

Copyright ©1990 by Anne Danowski

John F. Kennedy-Institut
für Nordamerikastudien

Freie Universität Berlin

Lansstr. 5-9
1000 Berlin 33

Federal Republic of Germany

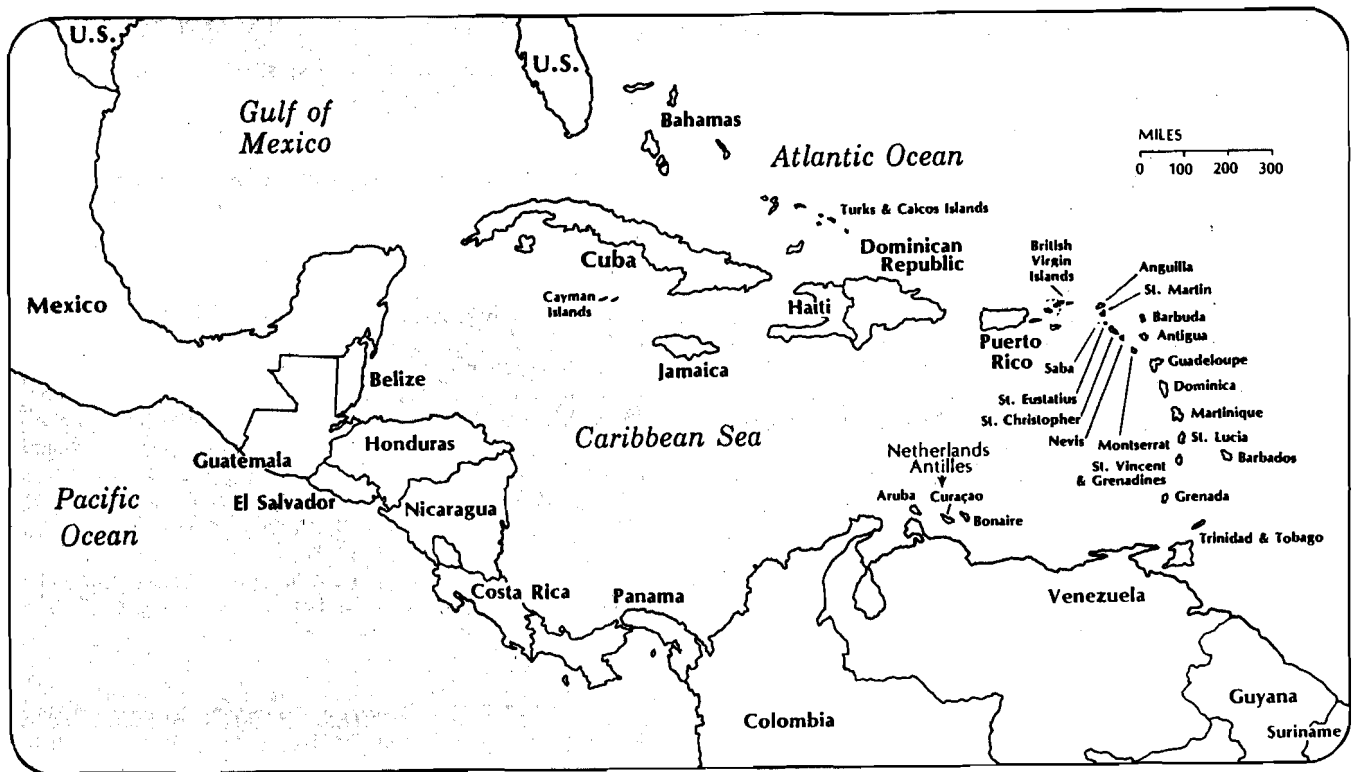
Die *Caribbean Basin Initiative* – ein Entwicklungsprogramm?

ANNE DANOWSKI

EINLEITUNG

Der von der USA als *Caribbean Basin* bezeichnete Raum umfaßt das spanisch-indianische Festland Mittelamerikas und die im wesentlichen britisch, französisch oder niederländisch geprägten westindischen Inseln. Durch die Nähe zu den USA und die vorhandenen Rohstofflager hat das Karibikbecken politische, wirtschaftliche und strategische Bedeutung für die USA: neben wichtigen Seestraßen, durch die 3/4 der US-Ölimporte und mehr als die Hälfte aller importierten, strategisch wichtigen Mineralien transportiert werden¹, bietet die Region Märkte für US-Exporte und ist zudem nach Mexiko die zweitgrößte Quelle illegaler Immigration in die USA.

Zu Beginn der 1980er Jahre sah sich der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan bei seinem Amtsantritt mit zweierlei Entwicklungen im Karibikbecken konfrontiert: so waren einerseits 1979 durch das *New Jewel Movement* in Grenada und die Sandinisten in Nicaragua zwei neue linksgerichtete Regierungen an die Macht gekommen, die Kuba aus seiner Isolation heraustreten ließen, und die Auseinandersetzungen in El Salvador zwischen der US-unterstützten Regierungsjunta und den Guerillatruppen der *Frente Democrático Revolucionario* hatten sich zum Bürgerkrieg ausgeweitet. Neben diesen politischen Machtverschiebungen bedingte andererseits die einsetzende, weltweite Rezession, verbunden mit dem starken Anstieg der importierten Energiekosten, dem Absinken der Exporterlöse und der dadurch rapide ansteigenden Verschuldung einen generellen Konjunkturabschwung in den Staaten des Karibikbeckens. Die sich zunehmend verschlechternde Wirtschaftslage, vertieft durch die aus engen Wirtschaftsbeziehungen resultierende Übertragung der US-Stagflation und der Hochzinspolitik der USA, sowie auch durch steigende Kapitalflucht und wiederholte Naturkatastrophen, verschärfte bei einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme der karibischen Arbeitsbevölkerung von 2-3%² die chronisch hohe Arbeitslosigkeit und damit die Hauptursache illegaler Immigration in die USA.



Inhaltsübersicht

Einleitung	2
I. Entwicklung und Inhalt der CBI	
1. Hintergründe	3
2. Inhalt der CBI	5
3. Aktion des Kongresses	5
4. Unterstützung des privaten Sektors	10
5. Wirtschafts- und Militärhilfe 1982-1986	11
II. Wirtschaftliche Entwicklung der Karibikstaaten	
1. Westindische Inseln	12
2. Jamaica	14
3. Mittelamerika	15
III. Beurteilung der CBI	
1. Kritik aus den betroffenen Staaten	17
2. Entwicklungsansatz	18
3. Zusammenfassung	23
Anmerkungen	25
Literaturverzeichnis	29

Vor diesem Szenario der rapiden Veränderung in einer Region, die von den USA seit der Monroe-Doktrin traditionell als Teil ihres Hinterhofes betrachtet wird, kündigte Präsident Reagan vor der *Organisation of American States* am 24. Februar 1982 die *Caribbean Basin Initiative* als unilaterales Entwicklungshilfeprogramm an. Bestehend aus Handelsvergünstigungen und Investitionsanreizen, sollten die komplementären Maßnahmen das private Unternehmertum und die Selbstheilungskräfte des Marktes mobilisieren, um so eine weitreichende Verbesserung der desolaten Wirtschaftslage im karibischen Raum zu erzielen, um damit einer möglichen Ausbreitung des kommunistischen Einflusses entgegen zu wirken.

In der vorliegenden Arbeit soll die zunächst die Entwicklung, Zielrichtung und Substanz der *Caribbean Basin Initiative* dargestellt werden, sowie auch ihre endgültige Manifestierung durch die Verabschiedung des Kongresses. Der zweite Teil befaßt sich mit der Wirtschaftsentwicklung der Karibikstaaten in den 1980er Jahren unter Berücksichtigung der tatsächlichen Auswirkungen, die die Maßnahmen der CBI erbracht haben; gesonderte Aufmerksamkeit gilt hier der Entwicklung Jamaicas, da dieses Land mit speziellen Hilfeleistungen vorrangig beachtet wurde. Im letzten Teil soll schließlich eine Beurteilung der CBI vorgenommen werden, indem die Kritik der betroffenen Staaten aufgezeigt und der vertretene Entwicklungsansatz auf seine Wirksamkeit unter den bestehen Verhältnissen in der Karibikregion untersucht wird. Abschließend soll hier noch einmal die Bedeutung der CBI als außenwirtschaftliches Instrument hervorgehoben werden.

I. ENTWICKLUNG, ZIELRICHTUNG UND SUBSTANZ DER CBI

I.1. Hintergründe

Ursprünglich war von amerikanischer Seite eine multilateral finanzierte Entwicklungsinitiative anvisiert worden, an der die wirtschaftlich stärkeren Anrainernstaaten des Karibikbeckens, Venezuela, Kolumbien und Mexiko, sowie Kanada und potentiell auch die Europäische Gemeinschaft und Japan teilhaben sollten. Während mit den Überseestaaten kaum weitere Konsultationen geführt wurden, da diese sich gegen das Konzept der bilateralen Hilfsprogramme aussprachen³, zeigten jedoch auch die lateinamerikanischen Staaten zunehmend Distanz. Der Grund für

die Zurückhaltung war die eindeutig anti-kommunistische Haltung der US-Regierung. Diese attackierte in unter Reagan deutlich verstärkter Kalter-Kriegs Tradition den sowjetisch-kubanischen Einfluß als Urheber der Revolutionen in Nicaragua und Grenada, und zeichnete diesen auch als verantwortlich für den Bürgerkrieg in El Salvador. Daher sollte Militärhilfe in großen Umfang an US-freundliche Regierungen speziell in Mittelamerika einen Teil des Hilfsprogrammes ausmachen, und Kuba, sowie sämtliche Länder mit linksgerichteten Regierungen, sollten von der Entwicklungsinitiative ausgeschlossen werden.

Die Einstellung der US-Regierung, die politischen Entwicklungen der Karibikregion als Teil des Ost-West Konfliktes zu definieren, wurden sowohl von Mexiko, Venezuela als auch Kanada zurückgewiesen. Politische Differenzen zeigten sich besonders bezüglich der US-Mittelamerikapolitik, da die genannten Länder alle Nicaragua Wirtschaftshilfe leisteten, und zudem den Ansatz einer gewaltsamen Lösung in El Salvador kritisierten⁴. Der Präsident Venezuelas, Luis Herrera Campíns, verschob seinen Staatsbesuch nach Washington als Kritik an der militärischen Herangehensweise Reagans an die Probleme der Region, und der mexikanische Präsident José López Portillo insistierte bei seinem Besuch in Washinton im Juni 1981: *"..the economic development plan [...] should not involve military aid, should not be directed against the Soviet bloc, and should not exclude any country in the region"*.⁵

Während der ersten gemeinsamen Konsultationen der vier Staaten im Juli 1981 in Nassau (Bahamas) und auf Folgetreffen wurde so zwar die generelle Notwendigkeit eines langfristigen Plans zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region festgehalten, jedoch kamen die Regierungen darin überein, ihre jeweiligen Entwicklungsprogramme getrennt auszuführen. So hatten Mexiko und Venezuela bereits 1980 im sogenannten *San José-Agreement* die vergünstigte Belieferung von 9 Ländern Mittelamerikas und der Karibik mit Rohöl vertraglich festgelegt, eine Maßnahme, die jährlich Anleihen in Höhe von ca. US\$ 530 Millionen zu Zinsraten von 5% ausmacht⁶, und Kanada erklärte sich bereit, die Auslandshilfe in diese Region auf US\$ 100 Millionen jährlich zu verdoppeln⁷. US-Präsident Reagan unterbreitete im März 1982 dem Kongress die *Caribbean Basin Initiative*. In seiner vorangehenden Rede vor der OAS nahmen Sicherheitsbedenken gegenüber dem kommunistischen Gefahrenpotential in der Region etwa den gleichen Raum ein wie die Ankündigung der CBI.

1.2. Inhalt der CBI

Das von Reagan eingebrachte Wirtschaftsprogramm sollte Stabilisierungshilfen für die Karibikstaaten liefern, da diese Region von "vital interest"⁸ für die USA sei. Als Kernstück seiner aus sechs Punkten bestehenden Initiative bezeichnete Reagan die Aufhebung der Zölle auf Importe aus Karibikstaaten für 12 Jahre (mit Ausnahme von Bekleidungs- und Textilprodukten). Als zweiter Punkt sollten erhebliche Steuervergünstigungen für US-Firmen bei Investitionen im Karibikraum geschaffen werden. Schließlich wollte Reagan einen Antrag auf zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von US\$ 350 Millionen zu den bereits für das Fiskaljahr 1982 bewilligen Geldern für die Region in den Kongress einbringen. Neben diesen drei Hauptelementen des Programms sollten als weitere Punkte technische Hilfe und Ausbildung für den privaten Sektor geleistet werden, mittels spezieller Maßnahmen Sorge getragen werden, daß den beiden in besonderer Beziehung zu den USA stehenden Staaten Puerto Rico und den U.S. Virgin Islands keine Nachteile entstünden, und letztlich verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um die bestehenden und potentiellen Förderungsmaßnahmen für die Karibikregion durch andere Länder und multilaterale Finanzinstitutionen zu erhöhen. Als mögliche Nutzerstaaten der CBI sollten 27 Länder in Betracht kommen unter Einschluß der beiden Staaten Surinam und Guayana des lateinamerikanischen Festlandes⁹.

1.3. Aktion des Kongresses

Obwohl im Kongress grundsätzlich breite Zustimmung für die eingebrachten wirtschaftlichen Maßnahmen herrschte, gab es doch einige Unstimmigkeiten bezüglich der politischen Implikationen in Reagans Ausführungen. Eine Einigung zur Gesetzesfassung konnte daher 1982 nur für die zusätzliche Finanzhilfe erreicht werden, die am 10. September 1982 verabschiedet wurde. Die beiden anderen Hauptelemente, nämlich die Investitionsanreize und Aufhebung der Zölle, waren im Kongress sehr umstritten und wurden so erst am 5. August 1983 als Gesetz erlassen¹⁰. Im Folgenden sollen die Legislativmaßnahmen jeweils genauer dargestellt werden.

ZUSÄTZLICHE FINANZHILFE

Kritik im Kongress richtete sich zunächst einmal grundsätzlich gegen die Haltung, steigende Auslandshilfe zu gewähren während inländische Programme unter Reagan drastisch gekürzt wurden. Streitigkeiten über die zusätzlich beantragten Gelder ergaben sich jedoch vor allem über die von Reagan vorgesehe Verteilung unter die Karibikstaaten. So waren El Salvador \$ 128 Millionen zugedacht, Costa Rica \$ 70 Millionen und Jamaica \$ 50 Millionen, so daß 3/4 der Wirtschaftshilfe allein diesen drei Staaten geleistet würde. Dagegen sollte Haiti als ärmstes Land der Region lediglich \$ 5 Millionen erhalten, und die Ost-Karibikstaaten zusammen nur \$ 10 Millionen. Diese vorgesehene Zuteilung ließ Reagans Programm als den verdeckten Versuch zur verstärkten Hilfeleistung an El Salvador erscheinen und rief breite Kritik hervor¹¹.

Ein weiterer kritischer Punkt in der Diskussion betraf die Zuordnung der Gelder zum *Economic Support Fund*, einem Programm, das traditionell der wirtschaftlichen und politischen Unterstützung von US-freundlichen Regierungen dient, dabei der Verteilung der bewilligten Anleihen und Finanzhilfen kaum Restriktionen auferlegt, und vielfach auch für den Ankauf militärischer Ausrüstung verwendet wird. Auch hatte die Administration angekündigt, daß ein Großteil der ESF-Gelder zur Finanzierung notwendiger US-Importe an Ausrüstungsgütern an private Unternehmen und Organisation geleitet werden sollte. Im Kongress wurde dieses Vorhaben dahingehend kritisiert, daß so kaum Raum für Projekte zur Förderung der Infrastruktur und Verbesserung der Zahlungsbilanz gegeben war.

Ganz unerwartet wurde die beantragte bilaterale Finanzhilfe im Senat vom *Foreign Relations Committee* am 19. Mai zunächst abgelehnt, und stattdessen der von Senator C.J. Dodd eingebrachte Antrag angenommen, eine Summe in gleicher Höhe der Weltbank zukommen zu lassen. Mit dieser Maßnahme sollte eine einseitige Abhängigkeit der Karibikstaaten von der zukünftigen Bewilligung neuer US-Gelder verhindert werden¹². Diese Zuteilung wurde jedoch vom Vizepräsidenten der Weltbank zwei Tage später zurückgewiesen. Über neue Verhandlungen wurde im Senat Zustimmung für die Finanzhilfe erreicht, ebenso wie im *House Foreign Affairs Committee*, jedoch beinhaltete der endgültige Gesetzentwurf vielfache Ergänzungsbestimmungen über die Verwendung der Gelder.

Zunächst wurden \$ 80 Millionen als Obergrenze für die Summe, die ein einzelnes Land erhalten sollte, festgelegt; die endgültige individuelle Zuteilung

bestimmte schließlich nicht mehr als \$ 75 Million für El Salvador, wenigstens \$ 20 Millionen für die Ost-Karibikstaaten und \$ 10 Millionen für Haiti¹³. Weiterhin sollte ein ungefähres Gleichgewicht zwischen Hilfe für den privaten und den öffentlichen Sektor bestehen, sowie auch zwischen Zahlungsbilanzunterstützungen und regulärer Entwicklungshilfe. Ca. 12% der Gelder sollten Programmen zur Grundbedürfnisbefriedigung zugedacht sein. Eine Provision des *House Foreign Affairs Committee* sperrte den Finanztransfer nach El Salvador, bis von Präsident Reagan das Fortschreiten des dortigen Landreformprogramms bestätigt würde. Schließlich wurden sämtliche Verweise auf das Karibikbecken innerhalb des Gesetzentwurfes in Karibik/Mittelamerika abgewandelt. Die von Reagan ebenfalls nachträglich beantragte Militärhilfe für diese Region in Höhe von \$ 56 Millionen aber wurde bewilligt, und schließlich auch eine von dem Abgeordneten S.D. Symms eingebrachte Provision an den Gesetzentwurf angehängt, derzufolge die USA jedes Mittel bis hin zum militärischen Einsatz anwenden würden, um die kubanische Subversion in der westlichen Hemisphäre zu unterbinden.

Der Kongress legte dem Präsidenten dieses Wirtschaftshilfeprogramm als Teil des zusammengefaßten Nachtragshaushaltes für 1982 (*omnibus fiscal 1982 supplemental funding bill*) vor. Gegen die darin enthaltene umfassende Autorisierung von insgesamt \$ 14,2 Milliarden sprach Präsident Reagan am 28. August 1982 sein Veto aus, da in dem Gesetz eine über seine Forderungen hinausgehende Bewilligungen von ca. \$ 1 Milliarde für verschiedene, inländische Sozialprogramme enthalten waren. Am 9. und 10. September überstimmten jedoch die beiden Häuser des Kongresses sein Veto mit 2/3 Mehrheit, so daß die Gesetzeswirksamkeit für die enthaltenen Maßnahmen als *Public Law 97-257* ohne die Unterschrift des Präsidenten in Kraft trat.

STEUERVERGÜNSTIGUNGEN

Die von Reagan anvisierten Steuervorteile für US-Firmen bei Investitionen im karibischen Raum basierten auf einer Ausweitung der Inländischen Steuerkredite, sollten analog bis zu 10% auf Neuinvestitionen in designierten CBI-Staaten für eine Laufzeit von 5 Jahren ausmachen und mit einer erhöhten Versicherung der Regierungsagentur *Overseas Private Investment Council* (OPIC) verbunden werden. Dieser Aspekt der CBI löste, bedingt durch die Inländische Rezessionslage, harte Kontroversen im Kongress aus. Die AFL-CIO verwies auf

dessen Konflikthaftigkeit mit den Bemühungen der Regierung, die inländische Investitionstätigkeit anzuregen; vom US-Finanzministerium wurden die Steuer-
verluste allein für das Fiskaljahr 1983 auf insgesamt \$ 105 Millionen hochge-
rechnet¹⁴. Viele Kongressleute im *House Committee on Ways and Means* und
im *Senate Committee on Finance* sprachen sich angesichts des hohen US-Haus-
haltdefizits gänzlich gegen neue Steuervergünstigungen aus. Schließlich konnte
mit der (parallel zur inländischen) Gewährung von Steuerabschreibungen bei
Auslagen für geschäftliche Konferenzen in designierten CBI-Staaten ein Über-
einkommen erzielt werden. Zur Bedingung für die Inanspruchnahme dieser
Vergünstigung wurde jedoch der Abschluß sogenannter *Bilateral Investment
Treaties* (BIT) durch die jeweiligen Karibikstaaten gemacht, in denen diese
Schutz vor Nationalisierung US-amerikanischer Unternehmen sowie ungehin-
derten Profit- und Kapitaltransfer garantieren, und sich zur Weitergabe von
Steuerinformationen über US-Investoren bereit erklären¹⁵.

ZOLLFREIHEIT

Schon Reagan hatte in seiner Rede vor dem OAS darauf verwiesen, daß
bereits 87% der karibischen Exporte größtenteils unter dem *General Scheme
of Preferences* (GSP) zollfrei auf den US-amerikanischen Markt gelangen,
seine Maßnahme sollte jedoch gerade neue Produktgruppen begünstigen und
dadurch indirekt eine Diversifizierung der karibischen Produktion hervorrufen.
Bei der zu erwartenden Größenordnung der zollfreien Handelsausweitung von
lediglich 1/4 von 1% der US-Gesamtimporte¹⁶ war zwar kaum eine Verschlech-
terung der Wettbewerbsbedingungen für US-amerikanische Hersteller und
Arbeiter zu erwarten, jedoch wurde zusätzlich zu den von Reagan verkündeten
Ausnahmen noch ein Reihe weiterer Exportgüter durch den Kongress von der
Zollfreiheit ausgenommen, nämlich Petroleum-Produkte, Schuhwerk, Lederwaren
und Thunfischkonserven. Der Import von Zucker sollte zollfrei, jedoch der seit
1982 bestehenden, weltweiten Quotierung unterworfen sein.

Um multinationale Konzerne daran zu hindern, einzelne Karibikstaaten als
Zwischenstationen für anderenorts produzierte Güter zu benutzen und so
zollfrei in die USA zu bringen, wurde für die betroffenen Produkte der Pro-
zentsatz des Endpreises, der der Provenienz des jeweiligen Karibikstaates
entstammen sollte (*domestic content rule*) statt der von Reagan geforderten

25% auf 35% erhöht, von denen 15% jedoch auch durch US-amerikanische Vorprodukte und Leistungen erbracht werden konnten. Als weitere Provision sollte ein Schutzmechanismus die US-amerikanische Industrie und Landwirtschaft von Nachteilen durch zunehmende Importe aus der Karibik schützen. So bestand für US-Hersteller gemäß der 1974 geschaffenen *import relief procedure* die Möglichkeit, Beschwerde bei der *U.S. International Trade Commission* (ITC) oder bei Landwirtschaftsminister über Eigenschädigung einzulegen, worauf diese dann die neuerliche Erhebung von Zöllen auf die jeweiligen Produktgruppen empfehlen konnten. Schließlich sollte als Bedingung für Länder, die Zucker oder Rindfleisch importierten, der Nachweis über die ausreichende inländische Lebensmittelversorgung gelten, um den übermäßigen Anbau von exportbestimmten Produkten (*cash crops*) einzudämmen.

Besondere Maßnahmen wurden zum Schutz vor steigendem Wettbewerb für Puerto Rico und die U.S. Virgin Islands geschaffen: die *domestic content rule* sollte nur 30% betragen, Hersteller in diesen Staaten sollten über die ITC die gleichen Schutzmechanismen wie US-Produzenten in Anspruch nehmen können, und vergünstigte Behandlung ihres Hauptexportgutes Rum erhalten. Vorgesehen war der Transfer sämtlicher Steuern, die in den USA auf Rum aus karibischen Herstellernationen erhoben wurden, an die Finanzministerien dieser beiden Inseln.

Insgesamt waren 27 Staaten als potentielle Nutzer der Handelsvergünstigungen vorgesehen, die jeweilige Designation als solche unterlag jedoch folgenden Bestimmungen: ausgeschlossen waren kommunistische Länder sowie solche, die Nationalisierungsmaßnahmen über Besitz von US-Bürgern vorgenommen hatten ohne sich um angemessene Kompensation zu bemühen, oder sich vertragsbrüchig gegenüber US-Herstellern verhalten hatten¹⁷. Ein weiteres Kriterium für den Zuspruch des Präsidenten sollte unter Anderem auch die Gewährung von Zugang zu den lokalen Märkten für US-Produzenten sein. Der Gesetzentwurf über die Steuervergünstigungen und die Zollfreiheit, gültig für den Zeitraum vom 1. Januar 1984 bis 30. September 1995, wurde am 28. Juli 1983 als *Caribbean Basin Economic Recovery Act* (CBERA, PL 98-67) verabschiedet und am 5. August von Präsident Reagan unterzeichnet, der sich jedoch grundsätzlich die Ermächtigung vorbehielt, die Vergünstigungen unter der CBERA für Länder, die die gesetzten Kriterien nicht länger erfüllten, auszusetzen oder zurückzuziehen¹⁸.

I.4. Unterstützung des privaten Sektors

Die angebotsorientierte Strategie der CBI sollte private Investitionen in hoher Anzahl mobilisieren, um so die Selbstheilungskräfte des Marktes für die Entwicklung der Karibikstaaten wirksam werden zu lassen. Während durch die Legislativmaßnahmen verbesserte Rahmenbedingungen und damit höhere Rentabilität für Investitionen geschaffen wurden, übernahm die Administration an das Unternehmertum gerichtete Informations- und Werbungsanstrengungen gemäß Reagans Versprechen in seiner Rede vor dem OAS *".. to seek the active participation of the business community in this joint undertaking."*¹⁹ Verschiedene Ministerien und Regierungsorganisationen wurden instruiert, das Interesse US-amerikanischer Unternehmer an den Handels- und Investitionsmöglichkeiten in der Karibikregion anzuregen. So eröffnete das Handelsministerium ein *Caribbean Basin Business Information Center (CBIC)*, das umfangreiche Informationen über die neugeschaffenen Vorteile der CBI auf einer Reihe regionaler Seminare im gesamten Raum der USA verbreitete, und auch US-Unternehmern bei erkundenden Geschäftsreisen in Karibikstaaten Hilfestellung leistete. Ein ebensolches Informationszentrum wurde vom Landwirtschaftsministerium errichtet, in dem Auskünfte über die jeweiligen karibische Märkte eingeholt werden konnten. Jede US-Botschaft in designierten Nutzerstaaten bildete eine CBI-Kommission, die mittels Konferenzen und Geschäftsmissionen über die Möglichkeiten der Handelsausweitung und Unternehmensverbindungen (*joint ventures*) informierte. USAID finanziert das *Caribbean Basin Information Network*, ein computergestütztes Informationssystem mit aktuellen Daten über die Handels- und Investitionsentwicklung. Von dieser Agentur wurden auch kleinere US-Unternehmer in der Karibikregion gefördert, und zielgerichtete Management-Ausbildung gesponsort. Zur Koordinierung der CBI-Implementierung durch diese Agenturen wurde unter der Führung des *U.S. Special Trade Representative W. E. Brock* eine übergreifende Kommission mit Mitgliedern aus allen Ministerien gebildet²⁰. Explizite Promotion der CBI-Vorteile durch das Wirtschaftsministerium fand auch mittels Veröffentlichung in wichtigen Wirtschaftsjournalen statt²¹.

1.5. Wirtschafts- und Militärhilfe 1982-1986

Die von Reagan zusätzlich beantragte Finanzhilfe brachte die Gesamtsumme der für 1982 bewilligten ESF-Gelder auf eine Höhe von \$ 490 Millionen. Im Folgejahr wurden ca. \$ 736 Millionen als Wirtschaftshilfe an die Karibikregion geleistet, in den Fiskaljahren 1984 und 1985 Entwicklungs- und Militärhilfe von jeweils \$ 1,2 Milliarden, sowie \$ 1,4 Milliarden im Fiskaljahr 1986²². Vom Kongress wurde 1985 ein neues Handelskredit-Versicherungsprogramm geschaffen, mit dem \$ 300 Millionen Anleihen der Export-Import Bank für die Exportversicherung von Güterlieferungen nach Mittelamerika sichergestellt wurden. Auch bemühte sich die US-Regierung, den IWF, die Weltbank und die *Inter-American-Development Bank* zu erhöhten Anleihen in die Region zu bewegen.

Da sich die politische und militärische Situation in El Salvador 1983 stark verschlechterte, veranlaßte Präsident Reagan im Juli des Jahres die Gründung einer *National Bipartisan Commission on Central America* unter dem Vorsitz H. Kissingers, die er beauftragte, einen Bericht über die Lage und Empfehlungen für weitere Maßnahmen abzugeben. Die Kommission befürwortete grundsätzlich die bisher von Reagan verfolgte Politik der militärischen Stärke, veranschlagte ab 1985 eine fünfjährige US-Finanzhilfe in Höhe von \$ 8 Milliarden für die gesamte Region Mittelamerika, und sprach sich für weitere Hilfeleistungen an die Contras in Nicaragua aus²³.

In Folge dieses Berichts wurde der Anteil an den gesamten US-Finanzleistungen, der für Militärhilfe an mittelamerikanische Länder bestimmt war, drastisch erhöht, die internationalen militärischen Ausbildungs- und Trainingsprogramme ausgedehnt, erneut Verbindungen zu der Militärdiktatur in Guatemala aufgenommen, sowie ein militärischer Beratungsposten in Honduras als Grenzstaat Nicaraguas ausgebaut, und wiederholt Truppen- und Marineübungen vor der Küste Mittelamerikas exerziert. An die Bewilligung der *Security Aid*-Gelder wurden vom Kongress zwar mehrfach Provisionen angehängt zum Nachweis der Demokratisierungsbestrebungen und Auflösung der regierungsnahen Todesschwadronen in Mittelamerika, insgesamt konnte die US-Militärhilfe aber allein im Zeitraum 1983-1986 auf ca. \$ 2,5 Milliarden für die mittelamerikanischen Länder aufgestockt werden, und machten somit mehr als die Hälfte der gesamten US-Hilfeleistungen an die karibische Region aus. Die US-Unterstützungszahlungen an die Contras in Nicaragua belaufen sich auf insgesamt \$ 250 Millionen bis einschließlich 1989²⁴.

Durch die US-Invasion in Grenada im Oktober 1983 wurde auch die Militarisierung der Karibikinseln beschleunigt. Jamaica und die ost-karibischen Staaten hatten bereits für das Fiskaljahr 1983 ca. \$ 15 Millionen in Militärhilfe erhalten, 75mal mehr als 1981, und für das Jahr 1984 wurde eine Summe in gleicher Höhe für die Ausstattung, und auch paramilitärische Trainingsmaßnahmen der lokalen Truppen auf sechs Inseln gewährt, die die US-Truppen auf Grenada langfristig ersetzen sollten. Unter dem neueingesetzten Präsidenten H. Blaize erhielt Grenada in den Jahren 1984 und 1985 \$ 72,2 Millionen als Hilfeleistungen²⁵.

II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER KARIBIKSTAATEN

Innerhalb des Karibikbeckens muß eine Trennung zwischen den mittelamerikanischen Ländern und den westindischen Inselstaaten, die ihre Unabhängigkeit zumeist erst in der Mitte des 20. Jahrhunderts erhielten, gemacht werden. Diese beiden Ländergruppen unterscheiden sich grundsätzlich in ihrer Kultur, der Wirtschaftsstruktur sowie auch in den herausgebildeten politischen Institutionen, worauf auch die Namensänderung des Kongresses bei der Bewilligung der zusätzlichen Finanzhilfe im Rahmen der CBI Bezug nahm. Daher sollen im Folgenden die unterschiedlichen Bedingungen der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung dieser Teilräume des Karibikbeckens getrennt aufgezeigt werden.

II.1. Westindische Inseln

In den ersten drei Jahren, nachdem die CBI-Vergünstigungen gesetzlich in Kraft getreten waren, bedingte die schlechte Weltwirtschaftslage zunächst die ökonomische Kontraktion fast aller Inselstaaten; die US-Finanzhilfen reichten nicht aus, um die Ausweitung der Zahlungsbilansdefizite zu verhindern. Zudem verringerten die sinkenden Weltmarktpreise für die hauptsächlichen Exportproduktgruppen die Deviseneinnahmen dieser in hohem Maße vom Handel abhängigen Staaten. Das lokale Unternehmertum konnte kaum investieren, da die vorhandenen Kontingente an Auslandswährung in zunehmendem Ausmaß für die Deckung der rapide weiter steigenden Verschuldung verwendet wurden, und so nicht für die notwendigen Importe von Maschinen und Rohstoffen zur Verfügung standen. Auch potentielle US-Investoren verhielten sich grundsätzlich zurückhaltend,

bedingt durch die unzureichende Energieversorgung und die schlechte infrastrukturelle Erschließung der Inseln.

Parallel zur Verbesserung der konjunkturellen Lage in den USA zeigten sich kleinere US-Unternehmer aber zunehmend interessiert an den durch die CBI geschaffenen Handelsvergünstigungen bei Investitionen im Karibikraum, unter Berücksichtigung des dort vorherrschenden Niedriglohnniveaus²⁶. Investitionen wurden hauptsächlich in Sektoren der Verpackungsindustrie, der verarbeitenden Industrie und der Fertigungsindustrie des Elektronikbereichs geleistet. Zum Teil betraf dies eine Verlagerung der arbeitsintensiven Produktionszweige aus ostasiatischen Ländern. So konnten die Karibikländer 1985 insgesamt Exportsteigerungsquoten von 6% und erstmals wieder Wachstumsraten von ca. 2% verzeichnen²⁷, jedoch profitierten zumeist die größeren, besser infrastrukturell und kommunikationstechnisch ausgerüsteten Inseln von den Auslandsinvestitionen durch Arbeitsplatzschaffung. In einigem Umfang aber wurden lokale Unternehmer durch besser ausgerüstete und finanzierte US-Firmen verdrängt.

Grundsätzlich hat sich die Lage der Karibikinseln durch die CBI nicht verbessert. Das Volumen der Exporte aus der Region in die USA fiel bereits 1986 wieder um \$3 Milliarden ab²⁸. Der Tourismus als der einzige prosperierende Sektor kann die Wirtschaftsentwicklung kaum positiv beeinflussen. Kein bedeutender multinationaler Konzern investierte in größerem Umfang in diese Region, dagegen wurden aus Rentabilitätsgründen mehrere große Produktionsanlagen der Unternehmen Reynolds und Alcoa in Jamaica, Texaco in Trinidad, und Exxon in den Niederländischen Antillen geschlossen. Die Produktion von Grundnahrungsmitteln ist gegenüber agrarischen Exportgütern rückläufig, und bedingt so zunehmend inländische Versorgungskrisen. Da das Bruttosozialprodukt bei hohen Bevölkerungswachsraten stagniert, sinkt das Pro-Kopf Einkommen beständig; Arbeitslosigkeitsraten um die 25% bilden die Regel und damit die Ursache für die Emigration Hundertausender jährlich; die Verschuldung steigt weiter an²⁹.

Die unter diesen desolaten Zukunftsaussichten einzige Ausnahme bildet Puerto Rico, da US-Unternehmer dort unter die Steuergesetzgebung der USA fallen und bis zu 90% der Profite unversteuert weiterverwenden können. Unter diesen Vorteilen sind bis 1987 22 *Twin-Plant Operations* entstanden, in denen Primärgüter und Vorprodukte aus anderen karibischen Inseln zur Weiterverarbeitung nach Puerto Rico gebracht werden. So fiel die Arbeitslosigkeitsrate

dort von 22% auf 15%, und die Wachstumsraten betragen jährlich 5.5%³⁰. Diese Wirtschaftsentwicklung komplementiert die führende Rolle Puerto Ricos im militärischen Bereich, da die Insel mit 4 Marinebasen, Forts und einem Luftstützpunkt den größten US-amerikanischen militärischen Außenposten in der Karibik bildet.

11.2. Jamaica

Dem wirtschaftsliberal eingestellten Edward Seaga, der bei den Wahlen 1980 den Sozialdemokraten Michael Manley als Ministerpräsident Jamaicas ablöste, galt aufgrund seiner starken Bemühungen um eine Wiederauflebung der engen Beziehungen zu den USA nach der Phase der unterschweligen Destabilisierungspolitik der US-Regierung gegenüber seinem Vorgänger die besondere Aufmerksamkeit Präsident Reagans im Rahmen der CBI. Schon in seiner Rede vor dem OAS im Februar 1982 hatte Reagan die von Seaga vorbildlich vorgenommene Liberalisierung der jamaikanischen Wirtschaft durch den Abbau von Zollbarrieren und die angebotsorientierte Strategie seiner Wirtschaftspolitik betont³¹. Jamaica sollte der *Showcase* der CBI werden und wurde mit den höchsten CBI-Finanzhilfen unter allen Karibikinseln bedacht; ist so seither nach Israel der zweitgrößte Empfänger für US-Hilfsgelder geworden.

Bereits vor der Implementierung der CBI kam Seaga aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Orientierung weitere Hilfestellung zu. Auf Wunsch Präsident Reagans organisierte der Vorsitzende der *Chase Manhattan Bank*, David Rockefeller, eine Gruppe von 25 bedeutenden US-Geschäftsleuten, die durch Investitionen zur Revitalisierung der jamaikanischen Wirtschaft beitragen sollten. Auch veranlaßte Präsident Reagan zwei Regierungsagenturen, unter Änderung ihrer Statuten einerseits 1,6 Millionen Tonnen jamaikanischen Bauxits aufzukaufen, und ferner erhöhte Kreditgarantien für US-amerikanische Aluminiumproduzenten in Jamaica zu gewähren³². Spezielle Finanzhilfen wurden auch vom IWF für den Zeitraum 1981-1984 mit US\$ 700 Millionen zu extrem günstigen Bedingungen geleistet, sowie auch von der Weltbank und anderen öffentlichen und privaten Organisationen in Höhe von insgesamt US\$ 660 Millionen für allein das Jahr 1982³³. Bilaterale Finanzleistungen der USA stiegen durch die CBI auf US\$ 200 Millionen im Jahr 1984 an³⁴.

Kapitalzufluß durch Investitionen erfolgte dagegen nur in geringem Ausmaß,

bedingt durch die unzureichende Infrastruktur und die Begrenztheit des inländischen Marktes. Trotz der massiven Finanzspritzen verschlechterte sich die jamaicanische Wirtschaftslage zusehens. Eine Flut von Luxuskonsumgütern auf den geöffneten Markt ließ das Handelsbilanzdefizit ins Astronomische steigen, da gleichzeitig die Exporterlöse durch den Verfall der Bauxit-Weltmarktpreise stark abnahmen. Mitverursacht durch die wiederholte Abwertung des jamaicanischen Dollars stieg die Inflationsrate auf über 30% bis 1984; die industrielle Produktion verminderte sich um 4%. Zwar wurden als Konzession für lokale Produzenten die Zölle auf Kapital- und Konsumgüter 1985 wieder stark angehoben, durch die Verknappung verfügbarer Kreditmittel jedoch stiegen die inländischen Zinssätze im gleichen Jahr bis auf 33% an, eine Maßnahme, die den Bedarf an Devisen für Importe einschränken sollte, für das lokale Kleinunternehmertum jedoch verheerende Folgen zeigte³⁵. Während die Arbeitslosigkeit und Armut in Jamaica ständig zunimmt, die Verschuldung im Sommer 1989 auf US\$ 4,5 Milliarden angewachsen ist, wird inzwischen die Wirtschaftspolitik des Landes vorrangig von Beratern internationaler bzw. US-Agenturen bestimmt, so daß dem 1988 wiedergewählten Ministerpräsident Manley kaum Handlungsspielraum verbleibt.

II.3. Mittelamerika

Die sieben mittelamerikanischen Länder waren von der Krisensituation zu Beginn der 1980er Jahre unterschiedlich schwer betroffen; so zählten Costa Rica und Panama, dessen Freihandelszonen ein größeres Handelsvolumen als sämtliche anderen Länder Mittelamerikas zusammen erbringen³⁶, zu den noch relativ prosperierenden Staaten, während die weltweite Rezession in Guatemala und Honduras einen drastischen Konjunkturabschwung bedingte. In El Salvador war das Bruttosozialprodukt bis 1982 um 1/4 gefallen und durch die zwei Jahre Bürgerkrieg bereits 25% der Produktionsanlagen zerstört worden³⁷.

Die Wirtschaftsentwicklung der Region vor der CBI wurde von zweierlei Einflüssen der US-Wirtschaft mitbestimmt: so war im Mai 1982 ein System globaler Zuckerquoten errichtet worden, welches die Exporte der hauptsächlichen Produzenten Panama und Guatemala, aber auch der Dominikanischen Republik, um ca. 1/3 verringerte. Weiterhin bewirkten der steigende Wechselkurs des US-Dollars und die hohen US-Zinssraten die Zurückziehung von US\$

200 Millionen aus der Region durch US-Banken sowie den Abfluß lokaler Kapitalreserven von mehr als US\$ 500 Millionen jährlich³⁸, eine Entwicklung, die durch die zunehmende Militarisierung und steigende politische Instabilität der Länder Mittelamerikas in den folgenden Jahren verfestigt wurde.

Die Gewährung von Handelsvorteilen innerhalb der CBI erbrachte für die mittelamerikanischen Staaten keine Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung. So wurden Einfuhrbeschränkungen für Rindfleisch als zweitgrößtes Exportkontingent der Region erhoben, so daß das Exportvolumen sich insgesamt verringerte, und ausländische Direktinvestitionen blieben aus. Während durch den OPIC für Investitionen auf den Karibikinseln Versicherungsleistungen und Direktanleihen von mehr als US\$ 500 Millionen geleistet wurden³⁹, hat diese Agentur, ebenso wie auch die Export-Import Bank, aufgrund ihrer Risikokriterien keine Neunternehmungen in Mittelamerika unterstützt. Neben vielen kleineren Firmen in der gesamten Region stellte auch der multinationale Konzern United Brands die Produktion in Costa Rica ein.

Die wirtschaftliche Entwicklung Mittelamerikas ist gekennzeichnet von negativen Wachstumsraten, eine Abnahme der Produktion von 4-6% jährlich⁴⁰; grundsätzlich verursacht die politische Situation zunehmend eine Verschlechterung der bereits desolaten Wirtschaftslage. Zusätzlich bedingen auch die 1987 durch protektionistische Bestrebungen um erneut 41% gekürzten US-Zuckerexportquoten auf nunmehr 1/5 des Levels von 1983⁴¹ ein weiterhin drastisches Absinken der Exporterlöse der betroffenen mittelamerikanischen Länder.

Insgesamt sind die Exporte in die USA der 22 designierten karibischen und mittelamerikanischen Nutzerstaaten der CBI von 1983-1985 um 23%, bzw. US\$ 2,1 Milliarden zurückgegangen. Zwar läßt sich eine Steigerungsrate von 11,4% jährlich im Zeitraum 1983-1986 für CBI-begünstigte, nicht-traditionelle Exportgüter festhalten⁴², die jedoch durch die negativen Auswirkungen der mengenmäßigen Beschränkung der Hauptexportgüter der Region, Zucker und Rindfleisch, weit übertroffen wurden. Auch werden die Auswirkungseffekte hauptsächlich von Produktgruppen gebildet, die entweder aus überwiegend importierten Vorprodukten hergestellt werden, oder aber aus dem Agrarsektor stammen, wodurch die lokale Nahrungsmittelproduktion verdrängt wird, und, neben dem Tourismusbereich, die Ursache für Nettolebensmittelimporte

der Region in Höhe von US\$ 3 Milliarden jährlich liegt⁴³. Grundsätzlich ist eine langfristige Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung im Karibikbecken nicht zu erwarten, da die Kapitalflucht aus diesem Raum weiter zunimmt. Schließlich bedingen die akkumulierten Handelsbilanzdefizite der Länder die Kontraktion des intra-regionalen Handels, so daß sich die Abhängigkeit dieser Region von den USA ständig weiter verfestigt und vertieft.

III. BEURTEILUNG DER CBI

III.1. Kritik aus den betroffenen Staaten

Während Jamaicas Ministerpräsident Seaga die CBI als *"bold, historic and far-reaching"*⁴⁴ begrüßte, war die Reaktion anderer karibischer Politiker und Organisationen dagegen völlig entgegengesetzt. Kritik von Kirchengruppen, ländlichen Kooperativen und kleinere Geschäftsleute bezog sich auf den durch die CBI geförderten Einfluß von US-Konzernen auf die lokale Wirtschaftsentwicklung, deren zunehmende Kontrolle über lokale Ressourcen und die steigende Abhängigkeit der kleinen Inselstaaten von den USA⁴⁵. Der Vorsitzende der *Democratic Labour Party* von Barbados warf dem US-Präsidenten vor, die Karibikstaaten als *"self-seeking, cap-in-hand states"* zu behandeln. Arbeiterorganisationen kritisierten das fehlende Verständnis für die Grundbedürfnisse der karibischen Bevölkerung, während der Oppositionsführer Jamaicas die Designationskriterien der CBI als Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Inselstaaten kritisierte, und der Regierungsführer Grenadas, M. Bishop, die Zielrichtung der US-Politik als *"nothing but an insult to the region"* kommentierte⁴⁶.

Grundsätzlich sprachen sich auch die Außenminister der Staaten des *Caribbean Common Market (CARICOM)* gegen die Selektivität innerhalb der CBI durch die ideologisch begründete Ausschließung einiger Länder und die Bevorzugung Jamaicas aus. Hauptsächlich wurde jedoch von diesem Forum darauf verwiesen, daß die Regierungen der betroffenen Länder nur in unzureichendem Maße über diesen Entwicklungsansatz konsultiert worden seien, der den Bedürfnissen der Inselstaaten nicht entspreche. Speziell die Vertreter der kleinen, ostkaribischen Inseln monierten, daß infrastrukturelle Förderung zunächst Vorrang haben müsse, um die Handelsvorteile der CBI überhaupt erst nutzen zu können.

Weitere Kritikpunkte bezogen sich auf die von den USA gewährte finanzielle Unterstützung, die als zu geringfügig für die Überbrückung der Zahlungsbilanzdefizite betrachtet wurde. So hatte eine Arbeitsgruppe von Wirtschaftswissenschaftlern der CARICOM errechnet, daß die Karibikstaaten allein für 1982 US\$ 580 Millionen als sofortige Hilfsleistungen benötigten, während für den Zeitraum 1982-1986 insgesamt US\$ 4,7 Milliarden veranschlagt wurden⁴⁷. Schwerwiegende Bedenken über die Bedingung des Steuerinformationsaustausches äußerten besonders die Regierungen der Länder mit steuerlichen Freizonen, wie den Bahamas, Cayman Islands und Bermuda. Schließlich wurde wiederholt die Militarisierung der Region kritisiert, so z.B. vom Premierminister J. Compton von St. Lucia: *"We do not like this emphasis on the military. Our problems are not military. They are economic and social."*⁴⁸

III.2. Entwicklungsansatz

ENTWICKLUNGSTHEORETISCHE BETRACHTUNG

Der von Reagan präsentierten CBI liegt ein export-orientiertes Entwicklungsmodell neoliberaler Prägung zugrunde, demzufolge die durch zunehmenden Handel vermehrten Deviseneinkommen das Zahlungsbilanzproblem lösen und zum Prozess der internen Kapitalakkumulation zur verstärkten Industrialisierung beitragen. Durch einen *trickle-down* Effekt soll das Pro-Kopf Einkommen und damit die Binnennachfrage steigen. Als Initialzündung der Wirtschaftsentwicklung wird über Investitionsanreize ausländisches Kapital ins Land geholt, das zudem den Transfer von technischen Fertigkeiten und Managementmethoden mit sich bringen soll und damit die lokale Reinvestition und interne Dynamik begünstigt.

Dieser im Grunde aus der Modernisierungstheorie hergeleitete Ansatz ist, auf die Karibikregion angewendet, aus verschiedenen Gründen unzulänglich. So zielt das Wirtschaftsprogramm Reagans zunächst einmal auf einen längerfristigen, nicht sogleich einsetzenden Genesungsprozess, während die unterentwickelten oder fehlentwickelten Wirtschaftssysteme der Region jedoch in der ausganglichen Krisensituation vor allem sofortige Hilfe benötigt hätten. Weiterhin wird in diesem Ansatz die nur vorübergehende Katalysatorfunktion von ausländischem Kapital angenommen, während dagegen die zumeist hervorgerufenen Verzerrungen der Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungsländern, die sich aus der auf eigene Profitinteressen gerichteten Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmer, aber auch aus

der Struktur der Weltwirtschaft ergibt, völlig negiert. Jedoch sind gerade die Volkswirtschaften der Karibikinseln in starkem Ausmaß von der Beeinflußung der Industrialisierungsphasen nach der Unabhängigkeit durch ausländisches Kapital schwer gezeichnet. Dies manifestiert sich in der zumeist einseltigen Ausrichtung der Handelsstrukturen, dem kaum diversifizierten Produktionsprogramm, und den asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen, die die hohe Abhängigkeit der peripheren Ökonomien von ausländischen Märkten und der Versorgung mit Technologie, Kapitalgütern und Rohstoffen zur industriellen Produktion bedingen; zumeist fand Wachstum ohne Modernisierung und soziale Entwicklung statt.

So betrafen auch die Neuinvestitionen im Rahmen der CBI hauptsächlich Produktionszweige mit verminderten Wachstumsaussichten, die hohe Importkontingente erfordern, nicht in die vorhandenen Wirtschaftsbereiche integriert sind, kaum Technologietransfer mit sich bringen und so keine interne Dynamik für ein selbsttragendes Wachstum erzeugen können. Auch zeigt die wirtschaftliche Entwicklung der Karibikregion, daß über privatwirtschaftliche Förderung keine Verbesserung der lokalen infrastrukturellen Erschließung erreicht werden kann. Dagegen wurde durch die Maßnahmen der CBI die feste Einbindung der Inselstaaten ins Weltwirtschaftssystem vertieft, und die Internationalisierung der lokalen Märkte, sowie auch die Tendenz zur internationalen Arbeitsteilung, hat zugenommen. Durch die immanenten Mechanismen des internationalen Systems aber, welches die Rohstoffe und Primärgüter liefernden Länder benachteiligt gegenüber solchen, die vorrangig Industriegüter exportieren, reproduziert und vertieft sich beständig die Struktur der Abhängigkeit der peripheren Länder, so daß sich auch der ökonomische Abstand der Karibikinseln zu Industrienationen vergrößert hat; diese zu Beginn der 1990er Jahre schärferen wirtschaftlichen und soziostrukturellen Problemen gegenüberstehen als jemals zuvor.

Ein weiterer Ansatzpunkt für Kritik liegt in der Annahme, daß zunehmende Handels- und Investitionsgewinne sich automatisch in gesteigerten Reinvestitionsraten und höherer Prosperität der Bevölkerung niederschlagen. Während für ausländische Konzerne die Attraktivität peripherer Länder jedoch zumeist gerade in dem vorherrschenden Niedriglohnniveau liegt, also kaum Interesse an einer Verbesserung der Einkommensstruktur besteht und zudem vielfach ein 100%iger Profittransfer zum Stammsitz im Ausland stattfindet, verhindert auch die sehr ungleiche Land- und Besitzverteilung an Produktionsgütern in den Karibikstaaten selbst eine

Verteilung der von lokalen Unternehmern erzielten Gewinne auf die Masse der Bevölkerung. Vielmehr setzt sich zuwachsender Reichtum der unternehmerisch tätigen Oberschicht überwiegend in Luxuskonsum um, während gerade auch die durch zunehmende Armut bedingte Unruhestimmung in den Karibikländern einen verstärkten Kapitaltransfer ins Ausland anregt. Die krassen Einkommensunterschiede verhindern so, daß die Selbstheilungskräfte des Marktes in den zudem begrenzten Märkten der kleinen Karibikstaaten wirksam werden können, stattdessen diese Strategie aber *"... economic disparities, political repression, concentration of wealth and social dislocation"* bestärkt⁴⁹.

Grundsätzlich basiert der Erfolg eines export-orientierten Entwicklungsmodells auf zwei Prämissen, die durch die Strategie der CBI völlig außer Acht gelassen werden: wie das Beispiel Südkorea zeigt, erfolgt der Aufschwung nicht aufgrund einer liberalen Wirtschaftspolitik, und vorteilhafte weltwirtschaftliche und weltpolitische Rahmenbedingungen müssen die forcierte Industrialisierung begünstigen⁵⁰; eine Ausgangssituation, die für die Karibikstaaten während der 1980er Jahre nicht gegeben war. Abschließend muß auch in Frage gestellt werden, ob eine dem Eurozentrismus verhaftete Entwicklung durch Industrialisierung kritiklos auf die Länder der Dritten Welt übertragen werden kann, denn so bleiben die negativen Entwicklungserfahrungen der Ersten Welt, nämlich die übermäßige Leistungssteigerung im agrarischen Sektor, sowie auch die sich immer verheerender zeigenden Umweltzerstörungen durch die Industrialisierungs- und Konsumbestrebungen, unberücksichtigt.

Emanzipatorische Entwicklungsansätze müßten vielmehr ein Rekurreren auf die internen Bedingungen und Traditionen der unterentwickelten Länder zur Erschließung der jeweils vorhandenen wirtschaftlichen (und der Human-)Ressourcen beinhalten, und durch Einbeziehung von ökologischen Überlegungen in die Produktionsweisen neue Wege aufzeigen. Dieses Vorgehen jedoch wird von den US-Regierung mit dem Ansatz der CBI gerade nicht geleistet, obwohl die USA 1981 während der Konferenz des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UNEP) in Montevideo maßgeblich an der Erstellung der Deklaration zur Integration von Umwelt- und Entwicklungspolitik beteiligt waren.

POLITISCHE MANIFESTATION

Besonders deutlich zeigt sich die Verteilungsungerechtigkeit in den Ländern Mittelamerikas, so z.B. in El Salvador, wo 2% der Bevölkerung 50% der Industrie und des Banksystems sowie 60% des bebaubaren Bodens kontrollieren⁵¹; die Berechtigung radikaler Oppositionskräfte zum Kampf gegen diese Zustände wird jedoch mit ideologisch begründeter Intervention im Rahmen der CBI negiert. Unter Umgehung multilateraler Finanzierungsinstitutionen, deren Beiträge die US-Regierung zu Beginn der 1980er Jahre um 25% kürzte⁵², wird die Unterstützung über bilaterale Hilfsprogramme kanalisiert, um so den Interessen US-amerikanischer Außenpolitik in ihrem Kreuzzug gegen den Kommunismus dienlich zu sein. Dabei verbleibt der wirtschaftliche Aspekt an sekundärer Position gegenüber sicherheitsstrategischen Überlegungen, so daß eine oktroyierte Spaltung der Karibikregion resultiert. Die Strategie der rein bilateralen Beziehungen erhöht aber nicht nur jeweils die mögliche Einflußnahme auf die Wirtschafts- und Außenpolitik der 'Nutzerstaaten' der CBI, sie verstärkt auch die Tendenz zum Wettbewerb zwischen den einzelnen Karibikstaaten, deren regionale Zusammenschlüsse so an Bedeutung verlieren.

Langfristig wird durch die so verstärkte, einseitige Abhängigkeit und die zunehmende US-Präsenz in der Karibikregion in zweierlei Hinsicht den eigenen Zielen entgegen gearbeitet: so bedingt die Schwächung der regionaler Integration auch eine Verminderung der politischen Stärke und damit Durchsetzung von Eigeninteressen (z.B. sektorale Verteilung von Auslandsinvestitionen), so daß die Eigeninitiative erlahmt und die Länder zunehmend auf den *external life-support mechanism* vertrauen, eine beständig hohe Belastung des US-Haushaltes bilden. Weiterhin ist auch weder durch die spezifische Form der Wirtschaftshilfe noch durch die Militärhilfe Stabilität im Karibikraum zu erzielen: während sich durch die Verarmung immer neue Aufruhrpotentiale in der Bevölkerung bilden, die tendenziell eher sozialistisch orientierten Gesellschaftsmodellen Zuspruch leisten, zeigt es sich in Mittelamerika besonders deutlich, daß die starke Unterstützung der lokalen Sicherheitssysteme die Balance zwischen den unterschiedlichen sozio-politischen Sektoren der Länder zerstört, dem Militär eine übermäßige Macht- und Vorrangstellung innerhalb des politischen Systems einräumt, und so die Grundlage für ein *coup and counter-coup syndrome* legt⁵³. Ohne die notwendige politische Stabilität aber kann wirtschaftliche Entwicklung nicht erfolgen, so daß die ursäch-

lichen Bedingungen für revolutionäre Bewegungen beständig reproduziert werden.

Mit ihrer Politik der politischen Konfrontation hat die US-Regierung die auf regionale Integration gerichteten, entwicklungspolitischen Zielsetzungen anderer Geldgeber unterminiert, sowie auch in Mittelamerika die regionalen Friedensbemühungen der 1983 gebildeten Contadora-Gruppe zerstört. Die starke Ausweitung des Bürgerkriegs in El Salvador jedoch zeigt, daß eine Politik der militärischen Stärke und die Unterstützung einer nicht mehr durch das Volk legitimierten Regierung langfristig keinen Erfolg zeigen kann. Die Entwicklung in Mittelamerika verweist auch auf die Haltung der US-Regierung, zeitweise politische Ziele vorrangig vor der Wahrung von Menschenrechten zu vertreten, womit sie ihre eigene Legitimierung als 'vorbildliches Gesellschaftssystem' im Gegensatz zur *totalitarian left* untergräbt.

Die der CBI unterliegende politische Motivation der Eindämmung und Zurückdrängung des Kommunismus hat zu einer völlig neuartigen US-Außenwirtschaftspolitik geführt: so wurde statt der bisher vertretenen Doktrin des Globalismus erstmals eine regionale Bevorzugung eingeräumt. Die Präferenzabkommen der CBI im Bereich des Handelsverkehrs können mit den seit 1976 bestehenden Lomé-Konventionen der Europäischen Gemeinschaft verglichen werden, die aber den AKP-Staaten zusätzliche Provisionen zur Stabilisierung der Exporterlöse bieten⁵⁴. Da die CBI die unilaterale Verfügungsgewalt der US-Regierung über Veränderungen vorsieht, nicht wie bei den Lomé-Verträgen gemeinsame Absprachen erforderlich sind, ist diese Initiative auf ihre Zulässigkeit innerhalb des GATT hinterfragt worden und hat Diskussionen über die Zielrichtung und das Ausmaß von bevorzuger Übereinkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ausgelöst⁵⁵. Grundsätzlich kann jedoch das unterliegende Konzept "Hilfe durch Handel" bei den bestehenden Programmen als gescheitert betrachtet werden.

Bei einer weniger instrumentalisierten Handhabung der Außenwirtschaftspolitik der US-Regierung hätten die durch die CBI begünstigten Produktgruppen in das *General Scheme of Preferences* aufgenommen werden können, zur Vermeidung der offensichtlichen Bestrebung der US-Regierung nach Intervention in die inneren Angelegenheiten der Karibikländer, die langfristig negative Auswirkungen auf die Staatenbeziehungen zeigt. Wie eine Studie von R.E. Feinberg und E. Newfarmer aufzeigt, hätte auch eine weniger restriktive, nicht nur in unilateraler Verantwortlichkeit definierte Geldpolitik der USA bei einem Senken der Zinsen von nur fünf

Prozentpunkten die Zinsverpflichtungen der Karibikstaaten an private Schuldner um mehr als US\$ 250 Millionen vermindern können⁵⁶.

III.3. Zusammenfassung

Grundsätzlich manifestiert sich mit der CBI in Verbindung zu anderen Maßnahmen der US-Außen- und Wirtschaftspolitik ein Programm, welches in sich widersprüchlich ist: während Präsident Reagan die Betonung auf die Initiative des privaten Sektors legte, hat doch letztlich die öffentliche Hand über Finanzierungshilfen die Führung übernommen. Auch wurde von der US-Regierung über die protektionistische Einschränkung des Handelsvolumens der hauptsächlich Exportgüter der Karibikstaaten in den Markt eingegriffen, und so die Steigerung der Deviseneinkommen durch die mit der CBI gewährten Handelsvorteile zunichte gemacht. Letztlich ist auch ersichtlich, daß obwohl die CBI aus der politischen Entwicklung in Mittelamerika entstanden ist, sie dort die geringsten wirtschaftlichen Erfolgchancen haben kann, da die politische Stabilität der Region als die grundlegende Vorbedingung für Wirtschaftswachstum durch die selektive und militärische Ausrichtung der US-Außenpolitik untergraben bzw. verhindert wird.

Die Maßnahmen innerhalb der CBI können nicht als entwicklungsfördernd angesehen werden, da in rein quantitativer Hinsicht keine Ausweitung der Handelsströme erzielt worden ist, und sich die immanenten, entwicklungshemmenden Wirtschafts- und Sozialstrukturen der betroffenen Länder nicht verändert, sondern vielmehr durch die erfolgte, engere Anbindung an US-Wirtschaft gefestigt haben. Weder kontinuierliches Wirtschaftswachstum, noch Kapitalbildung oder langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen für die Masse der Bevölkerung in den designierten CBI-Ländern sind erzielt worden. Vielmehr stehen die Karibikstaaten aufgrund der stark angewachsenen Außenverschuldung, der konsequenten wirtschaftlichen Fehlentwicklung, und in Mittelamerika durch den latenten Kriegszustand weitaus größeren Problemen gegenüber als bei Inkrafttreten der CBI. Ansätze der politischen Einigung zur Herausbildung einer kulturellen Identität und damit eigenständigen Entwicklung in den beiden Karibikregionen sind durch die US-amerikanischen Interventionsmaßnahmen langfristig unterminiert worden.

Als US-außenwirtschaftliches Instrument ist die CBI US-amerikanischen Interessen gerecht geworden: so konnte zunächst durch die gewährten Handels- und Investitionsvergünstigungen eine Stärkung und größere Wettbewerbsfähigkeit

des privaten US-Sektors erzielt werden. Weiterhin dienen die sicherheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung sozialer Revolutionen und die Erzwingung politischer Loyalität zu einer Sicherung der US-amerikanischen Interessen und Hegemonieansprüchen in der Region. Schließlich negiert auch das auferlegte *free enterprise model* im Sinne US-amerikanischer Ideologie die seit den 1970er Jahren zunehmenden Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung⁵⁷ und bekräftigt die bestehenden Verhältnisse, und damit die Vorherrschaft US-amerikanischen Kapitals in der Karibik.

Zwar ist im Zuge der Entspannung des Ost-West Konfliktes seit dem Amtsantritt M. Gorbachows in der USSR die starke militärische Intervention der USA in El Salvador und Nicaragua eingeschränkt worden, jedoch wird das politische Mächteverhältnis in den mittelamerikanischen Staaten weiterhin durch umfangreiche Wahlkampfunterstützung beeinflusst⁵⁸. Das Interesse der US-Regierung an der CBI hat jedoch stark abgenommen. So wurde zwar die Aufhebung der Zölle auf bestimmte karibische Produkte als Teil des *Omnibus Trade Bill* von 1987 auf einen nach Ablauf der CBERA fortdauernden Zeitraum für 12 Jahre ausgedehnt, die CBI als Entwicklungsinitiative aber findet seit Jahren keine Erwähnung mehr in der jährlichen *State of the Union Address* des Präsidenten.

Da die CBI den Bedürfnissen der unterentwickelten Länder der Karibikregion nicht gerecht wird, und zudem ihre spezifische politische Manifestierung jede langfristige Entwicklungsmöglichkeit dieser Staaten verhindert, stellt diese Initiative in sich keinen Entwicklungsansatz dar. Während die theoretische Betrachtung der US-amerikanischen Maßnahmen auf die Mängel der zugrundeliegenden Analyse der Probleme der Region verweist, zeigt die tatsächliche Entwicklung der Staaten der Karibikregion, daß die CBI als Instrument langfristiger Zielsetzungen unwirksam ist, gegenteilige Prozesse der Veränderung bedingt. Daher möchte ich mich in der abschließenden Beurteilung dieses regionalen Programmes anderen Kritikern anschließen, deren Argumentation zufolge

*"...[the CBI] package was too little, too late, and addressed neither the main causes nor the main symptoms of the region's crisis."*⁵⁹

ANMERKUNGEN

- ¹ H. Michael Erisman (1984): *The Caribbean Challenge*; S. 4
- ² Robert Pastor: *Sinking in the Caribbean Basin*; *Foreign Affairs* 1982, S. 1041
- ³ Karl Polanyi-Levitt: *The Origins and Implications of the CBI*; *International Journal*, 1985, S. 254
- ⁴ Der mexikanische Präsident bot wiederholt an, informelle Kontakte zur Opposition in El Salvador herzustellen, um einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einzuleiten, was die US-Regierung jedoch zurückwies. Diese wollte erst die für März 1983 geplanten Wahlen dort abwarten, in denen jedoch die meisten linksgerichteten Parteien ausgeschlossen wurden. (Siehe *New York Times*, 28. Februar 1982, *The Washington Post*, 24. März 1982)
- ⁵ *New York Times*, 23. Juni 1981. Deutlicher äußerte sich ein anderer Mexinischer Diplomat in dem gleichen Artikel: "We can't associate ourselves with Washington on an economic program if we are working at cross-purposes politically. And obviously we can't be identified, even indirectly, with programs of military aid for right-wing dictatorships."
- ⁶ Polanyi-Levitt (Fn. 3), S. 258. Die Zinssätze multilateraler Finanzinstitutionen betragen zu dieser Zeit 8,25%.
- ⁷ *New York Times*, 25. Oktober 1981.
- ⁸ In seiner Rede vor der OAS sagte Reagan: "The Caribbean region is a vital strategic and commercial artery for the United States. [...] The well-being and security of our neighbors in this region are in our own vital interest." Mark Falcoff/Robert Royal (Hrsg.): *The Continuing Crisis*, 1987, S. 480
- ⁹ Als mögliche Nutzerstaaten (*beneficiary countries*) wurden aufgeführt:

Bahamas	Jamaica
Barbados	Guatemala
Belize	Guyana
Cayman Islands	Haiti
Costa Rica	Honduras
Dominican Republic	Netherland Antilles
Eastern Caribbean (Anguilla, Antigua and Barbuda, British Virgin Islands, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Christopher-Nevis, St. Lucia, St. Vincent/Grenadines)	Nicaragua
El Salvador	Panama
	Surinam
	Trinidad and Tobago
	Turks and Caicos Islands

Quelle: Falcoff/Royal (Fn. 8), S. 481
- ¹⁰ Die endgültigen Gesetzesfassungen sind abgedruckt in: *U.S. Code Congressional & Administrative News*, No. 8A, Oktober 1982, S. 96 Stat. 833-834, und No. 5, September 1983, S. 97 Stat. 384-398.
- ¹¹ So z.B. von der ehemaligen US-Botschafterin für die Ost-Karibik, Sally Shelton, in: *Caribbean Contact*, April 1982, S. 9; auch *New York Times*, 25. Februar 1982
- ¹² *New York Times*, 20. Mai 1982.
- ¹³ Weiterhin waren \$ 70 Millionen für Costa Rica vorgesehen, \$ 50 Millionen für Jamaica, \$ 41 Millionen für die Dominikanische Republik, \$ 35 Millionen für Honduras, jeweils \$ 10 Millionen für Guatemala und Belize, sowie jeweils \$ 2 Millionen für die *Inter-American Foundation* und das *American Institute for Free Labor Development*. Die Vergabe der rest-

- lichen \$ 25 Millionen wurde nicht festgelegt.
Angaben aus: *Congressional Quarterly Almanach*, Vol. 38, 1982, S. 155, 220
- ¹⁴ Ebenda, S. 153.
- ¹⁵ *Caribbean Contact*, November 1982, S. 11
- ¹⁶ Außenminister G.P. Shultz in seinem Statement vor dem *Senate Finance Committee* am 2. August 1982: "Our imports from the Caribbean Basin account for less than 4 % of our total imports worldwide. The imports that would be affected by our free-trade proposal are at present less than one-half of 1% of our total imports".
aus: *Department of State Bulletin*, September 1982, S. 29
- ¹⁷ Diese drei Bedingungen konnten vom Präsidenten aufgrund wirtschaftlicher und sicherheitstechnischer Interessen für hinfällig erklärt werden. Weitere Bestimmungen betrafen das Absehen von der bevorzugten Behandlung dritter Staaten, die Achtung US-amerikanischer Copyright-Bestimmungen, die Zusammenarbeit mit den USA in der Verhinderung des Drogenhandels, und letztlich die vertragliche Zusicherung von Auslieferungsgesuchen der USA.
- ¹⁸ Letter To The Congress, 30. November 1983; *Department of State Bulletin*, Januar 1984, S. 84
- ¹⁹ Falcoff/Royal (Fn. 8); S. 483
- ²⁰ Richard. E. Feinberg: The CBI: Economics at the Service of Geopolitics; in: *Vierteljahresberichte* Nr. 100, 1985, S. 187/8
- ²¹ Siehe z. B. *Business America*, 8. März 1982 S. 18-20; Artikel von Ann H. Hughes, *Acting Deputy Assistant Secretary of Commerce for Western Hemisphere*. Auszüge: "While the CBI is designed to help beneficiary countries expand their export earning and stimulate their development, the potential benefits of the CBI to the U.S. private sector also are significant. [...] In almost every Caribbean Basin country the United States is the principal supplier of imports, in most cases capturing more than 25 percent of the total import market. [...] As the Basin countries develop as a result of new investment stimulated by the CBI, their demand for imports for consumption and as inputs to their production processes will grow, opening new markets for U.S. producers. [...] CBI will make U.S. direct investment in the Basin countries more profitable. [...] We urge you to participate and we pledge our expertise and energies to support your efforts."
- ²² R. Feinberg (Fn. 18), S. 187
- ²³ Die Bürgerkriegslage in El Salvador wurde in dem Bericht (S. 104) folgendermaßen beurteilt: "Were military aid to be cut off (to the Salvadoran government), it would open the way to the triumph of the guerrillas..." zitiert in: Richard F. Feinberg: The Kissinger Commission Report: A Critique; in: *World Development*, Vol. 12, 1984, S. 873
- ²⁴ Die Angaben ergeben sich aus den Statistiken des *Congressional Quarterly Almanach* 1983-1989, Vols. 39-45.
- ²⁵ Zahlen und Angaben aus: *Time*, 19. März 1984, und David A. Simmons: Legacy of Grenada: Caribbean militarization; in: *International Perspectives*, Juli/August 1984, S. 23
- ²⁶ Die Lohnkosten für Industriearbeiter auf den Karibikinsel betragen zwischen US\$ 3-4 täglich, gegenüber ca. US\$ 40 für ungelernete Arbeiter in den USA. Angaben in: *New York Times*, 20. Februar 1984
- ²⁷ *New York Times*, 17. Februar 1985.
- ²⁸ Gegenüber US\$ 9,6 Milliarden 1985 betrug das Exportvolumen 1986 US\$ 6,5 Milliarden. *New York Times*, 29. Oktober 1987

- ²⁹ *New York Times*, 20. Februar 1986; 1. Februar 1987
- ³⁰ *New York Times*, 14. November 1986; 29. Oktober 1987
- ³¹ So sagte Reagan in seiner Rede: "...*Jamaica is making freedom work.*"
aus: Falcoff/Royal (Fn.8), S. 484
- ³² Reagan begründete den Bauxitaufkauf der *General Services Administration* durch militärischen Bedarf; dieser Fall unterlag einer Untersuchung durch den Kongress. Obwohl die Versicherungsleistungen des OPIC nach Vorschrift nicht mehr als 10% des gesamten Kapitalvolumens der Agentur in einem einzelnen Land betragen dürfen, konnte der Präsident bei einem bereits bestehenden Anteil Jamaicas von 11% eine zusätzliche Anleihegarantie dieser Agentur von US\$ 50 Millionen für mehrere US-Aluminiumproduzenten in Jamaica durchsetzen. aus: *New York Times*, 28. April 1982
- ³³ Erisman (Fn. 1), S. 171
- ³⁴ Polanyi-Levitt (Fn. 3), S. 276
- ³⁵ Alle Angaben aus: *Caribbean Contact*, July 1985, S. 13
- ³⁶ George Irvin/Xabier Gorostiaga (1985): *Towards an Alternative for Central America and the Caribbean*; S. 15
- ³⁷ *New York Times*, 26. Februar 1982; *Congress and the Nation*, Vol. VI, S. 182
- ³⁸ *New York Times*, 26. Februar 1982; Pastor (Fn. 2), S. 1046, 1049
- ³⁹ Falcoff/Royal (Fn. 8), S. 122
- ⁴⁰ Feinberg (Fn. 18), S. 189
- ⁴¹ *New York Times*, 29. Oktober 1987
- ⁴² Diese und vorhergehende Angaben aus: *New York Times*, 1. Februar 1987. Folgende Staaten erfüllten die gesetzten Kriterien der CBI nicht: Nicaragua, Guyana, Surinam, Cayman Islands, Turks and Caicos Islands.
- ⁴³ Irvin/Gorostiaga (Fn. 34), S. 29
- ⁴⁴ *Caribbean Contact*, April 1982, S. 10
- ⁴⁵ Falcoff/Royal (Fn. 8), S. 125
- ⁴⁶ *Caribbean Contact*, April 1982, S. 8. In dieser Ausgabe wurden auch die Stellungnahme des früheren venezolanischen Präsidenten, Carlos Andres Perez, zitiert: "...*the effect of this Plan would be to divide the Central American and Caribbean Countries, .. and the liberal economic line that is being proposed would convert those that accept the aid offer out of necessity into virtual colonies of the United States..*". Die Redakteure der Zeitschrift dokumentierten ihre Haltung folgendermaßen: "*The suffering Caribbean masses cannot afford to have their leaders ... being manipulated by donor countries, either from the East or West, which wish to pick and choose their friends.*" "*Most notable is the prevailing view that for a little piece of promised CBI carrot, CARICOM governments have been left with the ugly stick of suspicions within their ranks.*"
- ⁴⁷ *Caribbean Contact*, Mai 1982, S. 3
- ⁴⁸ *Caribbean Contact*, September 1985, S. 5. Siehe auch *Caribbean Contact*, Oktober 1982, S. 7, und *Time*, 19. März 1984, S. 34: "*Local residents .. fear that larger armies will ... turn their islands into U.S. satellites and thrust them into the middle of superpower conflicts.*"
- ⁴⁹ So der Vorsitzende des *Caribbean Congress of Labour*, Burns Bonadie in: *Caribbean Contact*, April 1982, S. 8

- ⁵⁰ So schaffte die Entstehung einer Massenkonsumkultur in den Metropolen erst die Nachfrage nach der Produktionspalette Südkoreas. Auch hatten multinationale Konzerne nur einen geringen Anteil an Direktinvestitionen. Interne Bedingungen waren neben der Landreform der 1950er Jahre ein Höchstmaß an Planung der Industrialisierungsphasen, Investitionslenkung und die Kontrolle des Außenhandels als auch des Finanzsektors durch den Staat, so daß eine spezifische Form der Verknüpfung von selektiver Importsubstitution und selektiver Exportorientierung ohne Rücksicht auf Marktkräfte durchgeführt werden konnte.
- ⁵¹ Sally Shelton, ehemalige US-Botschafterin für die Ost-Karibik, in: *Caribbean Contact*, April 1982, S. 9
- ⁵² Jeffrey E. Garten: Gunboat Economics; in: *Foreign Affairs*, Vol 63, 1985, S. 553
- ⁵³ Dr. Vaughn Lewis, *Caribbean Contact*, April 1982, S. 12
- ⁵⁴ Innerhalb der Lomé-Verträge bietet die STABEX-Provision ein System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse bei Rohstoffen: sinken die Exporterlöse bei einem Rohstoff ohne Verschulden des Entwicklungslandes im Vergleich zum Mittelwert der vorangegangenen 4 Jahre um 6,5% und mehr, und trägt das Exportprodukt gleichzeitig zu mehr als 6,5% der Gesamtexporte bei, ersetzt die EG den am wenigsten entwickelten Ländern den Rückgang. Die anderen Länder erhalten ein zinsloses Darlehen in Höhe der Verluste. Seit Lomé II bietet die SYSMIN-Provision eine Unfallversicherung für die wichtigsten mineralischen Rohstoffe. Übersteigt der Schaden 10% der Produktions- oder Ausfuhrkapazität bei einem Rohstoff, werden Vorhaben zur Wiederherstellung des Produktionspotentials oder der Ausfuhrkapazität finanziert. Jedoch ist der STABEX-Fonds bei weitem nicht ausreichend, den aus der weltweiten Handelsstruktur resultierenden Verfall der *terms of trade* zum Nachteil der AKP-Länder aufzufangen.
aus: Dr. Helmut Thielen: Internationalisierung und Industrialisierung von Land- und Forstwirtschaft und die "Grüne Revolution"; Positionspapier, 1990
- ⁵⁵ Wolfgang Benedek: The CBERA: A New Type of Preference in GATT? in: *Journal of World Trade Law*, Vol. 20, 1986, S. 44
- ⁵⁶ Dieser Berechnung liegt eine Gesamtverschuldung von US\$ 5,4 Milliarden zu Beginn des Jahres 1981 zugrunde. Richard E. Feinberg/Richard Newfarmer: The CBI: Bold Plan or Empty Promise? in: Richard Newfarmer (Ed.) (1984): From Gunboats to Diplomacy; S. 219
- ⁵⁷ Erisman (Fn. 1), S. 89
- ⁵⁸ *Blätter des Informationszentrums Dritte Welt*, Nr. 162, Dez. 1989/Jan.1990, S. 6 bezüglich US-Finanzierung der Oppositionspartei UNO in Nicaragua (3,2 Millionen Einwohner) in Höhe von ca. US\$ 12,5 Millionen während des Jahres 1989. Siehe zu Angaben über Unterstützung der US-freundlichen Partei S.N. Duarte in El Salvador durch den CIA: *Congress and the Nation*, Vol. VI, 1981-1984, S. 187
- ⁵⁹ *New York Times*, 28. Februar 1982

LITERATURVERZEICHNIS

- BENEDEK, Wolfgang: The Caribbean Basin Economic Recovery Act: A New Type of Preference in GATT? in: *Journal of World Trade Law*, Vol. 20 (1), 1986, S. 29-46
- ERISMAN, H. Michael (Hrsg.): The Caribbean Challenge: U.S. Policy in a Volatile Region. Westview Press, Boulder, Colorado; 1984
- FALCOFF, Mark/Royal, Robert (Hrsg.): The Continuing Crisis: U.S. Policy in Central America and the Caribbean. O.O.: Ethics and Public Policy Center, 1987
- FEINBERG, Richard E. (Hrsg.): From Gunboats to Diplomacy. New U.S. Policies for Latin America. The John Hopkins University Press, Baltimore, Maryland, 1984
- The Kissinger Commission Report: A Critique; in: *World Development*, Vol. 12 (8), 1984, S. 867-876
- The Caribbean Basin Initiative: Economics at the Service of Geopolitics; in: *Vierteljahresberichte*, Nr. 100, Juni 1985, S. 183-192
- GARTEN, Jeffrey E.: Gunboat Economics; in: *Foreign Affairs*, Vol. 63 (3), 1985, S. 538-560
- IRVIN, George/Gorostiaga, Xabier (Hrsg.): Towards an Alternative for Central America and the Caribbean. Allen & Unwin Inc., Winchester, Mass. 1985
- PASTOR, Robert: Sinking in the Caribbean Basin; in: *Foreign Affairs*, Vol. 60 (5), 1982, S. 1038-1058
- POLANYI-LEVITT, Kari: The origins and implications of the Caribbean Basin Initiative: mortgaging sovereignty? in: *International Journal XL*, Vol. 40 (2), 1985, S. 229-281
- SIMMONS, David A.: Legacy of Grenada: Caribbean Militarization; in: *International Perspectives*, Juli/August 1984, S. 21-3
- THIELEN, Helmut: Internationalisierung und Industrialisierung von Land- und Forstwirtschaft und die "Grüne Revolution"; Positionspapier, 1990